

Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen

Eckart, Christel

1995

<https://doi.org/10.25595/655>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eckart, Christel: *Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen*, in: *Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung*, Jg. 13 (1995) Nr. 1, 82-90. DOI: <https://doi.org/10.25595/655>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.1515/fs-1995-0109>

Diskussion

Christel Eckart

Feministische Politik gegen institutionelles Vergessen

I.

Nach jahrelangen Ferndiagnosen vom »Ende der Frauenbewegung« hat in der letzten Zeit ein neues Schnellurteil Konjunktur: Die Rede ist vom »Backlash« im Gefolge der Frauenbewegung, vom Ausbruch »schlechter Zeiten für Frauen«, in denen sie »mit raffinierten Methoden zurückgedrängt« werden (Brigitte 17/1994, 3). Die Begriffspeitsche beschäftigt Frauenforscherinnen auf Tagungen¹ ebenso wie populäre Frauenmagazine, und sie wird gern zum politischen Statement geschwungen, dem meist die Forderung nach einer »realistischeren« Frauenpolitik folgt.

Susan Faludi hat der Zeitgeistdiagnose mit ihrem voluminösen Buch »Backlash. The Undeclared War Against American Women«² zur Popularität verholfen. Sie sammelte in den USA viele verschiedene Beispiele dafür, »wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln« und von »Gegenschlägen«, die meist durch die Medienöffentlichkeit erst hergestellt und nach dem Schema gestrickt sind: die

Frauenbewegung selbst hat sich als schlimmste Feindin der Frauen erwiesen. Sie hat ihnen falsche Ziele in den Kopf gesetzt und sie ihren wahren Wünschen entfremdet. Frauen, die sich auf den Weg machen, jene Ziele zu verfolgen, werden reihenweise unglücklich.

Festgehalten werden in diesen Polemiken Ansprüche aus der Frauenbewegung, vergessen wird die Kritik an institutionalisierten Geschlechterverhältnissen, die Anlaß und Hintergrund für politische Forderungen sind. In den von Faludi analysierten Berichten werden den Frauen jene Ansprüche, z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als individuelle Lebensziele unterstellt. Aus dem Zusammenhang politisch zu verallgemeinernder Forderungen gerissen, läßt sich dann leicht allseitiges »Scheitern« feststellen, mit dem die Restabilisierung traditioneller Bilder von den Geschlechtercharakteren als vergifteter Trost nahegelegt wird. Mit der anklagenden, mitleidigen oder hämischen Beschreibung der Kosten von Lebenswegen von Frauen, die aus Traditionen ausbrechen, geraten die Institutionen aus dem Blick, die es zu verändern gilt.³

Die Popularität von Backlash-Beschreibungen scheint gerade darin zu liegen, daß sie einen Denkstil bedienen, der mit dem in den Institutionen des Arbeitsmarktes und der administrativen Politik sowie mit dem einer spiegelbildlichen Berichterstattung in den Medien übereinstimmt. Das Reden

vom Backlash gerät zur Scheinaufklärung, wenn es Symptome sozialer Konflikte im Geschlechterverhältnis (in kurzlebiger Medienaufbereitung) als Ursachen behandelt; wenn es Maßstäbe anwendet, die die feministische Bewegung gründlich zu kritisieren angetreten war, wenn es einem Konkurrenzdenken huldigt, das die Herkunft und Bedeutung von Differenzen zwischen den Geschlechtern vergessen läßt. Die Empörung gegen die »Rückschläge« gerät in die Gefahr, das Geschäft des institutionellen Vergessens zu fördern. Sie unterstellt entweder, daß es eine Zeit gegeben habe, in der die Legitimität feministischer Kritik und Forderungen unumstritten gewesen wäre und/oder daß diese auf dem Weg vernünftigen politischen Diskurses zu fortschreitender Integration der Frauen in alle Bereiche des Arbeitsmarktes und politischer Institutionen führen müßte. Die Forderung nach »Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen« (die bis in die Vorschläge zur Neuformulierung der deutschen Verfassung vorgedrungen ist), ist ein Beispiel für eine im herrschenden Denkstil operationalisierte politische Formel, die aus der grundsätzlichen Kritik der neuen Frauenbewegung an der Trennung von Öffentlichkeit und Privatsphäre verkürzt wurde.

Es ist keine Besonderheit der feministischen Bewegung, daß radikale Impulse der Kritik und regelverletzender Praxis im Zuge der Verbreiterung der Bewegung abgeschwächt wurden. Den abflauenden spektakulären Aktivitäten steht eine Verbreitung von »Frauthemen« und Einrichtungen für Frauen in Verbänden, Parteien und Medien gegenüber (vgl. Kontos 1990). (Alle Parteien in der BRD haben in ihren Programmen zur Bundestagswahl 1994 Anliegen aus der Frauenbewegung aufgenommen, am ausführlichsten und mit zum Teil verallgemeinernden Perspektiven Bündnis 90/Grüne und SPD.) Ein Ziel feministischer Politik scheint erreicht, das darin besteht, die Ausgrenzung wesentlicher Lebenserfahrungen von Frauen, ihrer gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit und

ihrer Selbstbehauptungsstrategien aus dem Politischen aufzuheben.

Unter dem Aspekt, was Thema und Gegenstand politischer Behandlung wurde und dem der Beteiligung von Frauen am Geschäft der Politik, hat die feministische Bewegung Veränderungen bewirkt, hat sie Erfolge erzielt, gemessen am vorherigen Ausschluß von Frauen und von Themen wie Sexualität, Hausarbeit, Gewalt gegen Frauen, zu Ehe und Familie alternative Lebensformen. Diese Veränderungen gehen mit Prozessen einher, in denen die Frauen als handelnde politische Subjekte und die Anlässe für ihr Handeln aus dem öffentlichen Bewußtsein wieder verdrängt werden. Die kulturelle Symbolik des Politischen ist noch immer männlich konnotiert. Erfolgreiche Frauenpolitik verschwindet daher in der dominierenden Öffentlichkeit in der vermeintlich sachlichen Verallgemeinerung. Es gelingt offenbar nicht, politisch symbolische Werte bei den Frauen zu akkumulieren und eigene Maßstäbe für ihre politischen Erfolge und weiterführenden Forderungen zu etablieren. Das Gerede vom Backlash blüht mit diesem Mangel an Tradition. Die Bedingungen dieses Mangels liegen in der historischen Entwicklung staatlicher Institutionen und in den Einflüssen von deren Denkstil auf die Interpretation von artikulierten Bedürfnissen und Interessen aus der feministischen Bewegung.

Feministische Kritikerinnen haben den patriarchalen Charakter besonders von staatlich administrativen Institutionen vielfach vorgeführt. So beschreibt Eva Kreisky die Geschichte der staatlichen Bürokratie als Geschichte des Frauenausschlusses (Kreisky 1988). Politik als Beruf war explizit Männern vorbehalten, ebenso Verwaltung und Bürokratie, deren Organisationsformen dem Militär nachgebildet waren, strikt getrennt von Familienbindungen. Die bürokratische Form der Herrschaft und des Verwaltungshandelns richtete sich historisch gegen die persönliche Willkür feudaler Herrschaftsverhältnisse. Formale, sachliche Rationalität, Sachkompetenz und von Personen unabhängige Regeln für Ent-

scheidungsprozesse bilden im Laufe des institutionalisierten beruflichen Trainings eine neue Autorität: Sachzwang und Effektivität, die nicht mehr nur personale Willkür von oben bremst, sondern zunehmend eine Abwehrstruktur gegen kommunikative Prozesse bildet, in denen eine offene Auseinandersetzung darüber, was »Sache« sein soll, geführt werden könnte.

Entpersonalisierung und instrumentelle Orientierung als Programm des Verwaltungshandelns sind dem Anspruch nach geschlechtsneutral. Sie haben jedoch zu ihrer historischen Voraussetzung eine Privatsphäre, in der die abgespaltenen Bedürfnisse und Bindungen, wie Fürsorge und Intimität, Gefühle, Sexualität ausgelebt werden sollen. Die Frauenbewegung hat das eingefahrene Geschäft der Politik da irritiert, wo sie den männlichen *homo politicus* an seine Verdrängungen erinnerte, wo sie dem naturhaft stumm gemachten »Reich der reproduktiven Notwendigkeiten« eine Stimme verliehen und die darin gebundenen Interessen und Bedürfnisse artikuliert hat.

Mit ihrer bekannten Kampffparole »Das Private ist politisch« hatte die feministische Bewegung die patriarchale Definition des Politischen als Gegenpol zur Besorgung der Privatangelegenheiten aufs Korn genommen. Diese Definition bestimmt das Private einseitig aus der Perspektive des männlichen Nutzers und grenzt durch dualistische Oppositionen von »Familie« und »Ökonomie«, »Privatsphäre« und »Öffentlichkeit« weite Teile der Lebenspraxis von Frauen als denjenigen, die für die Reproduktionssphäre zuständig gemacht wurden, aus einer demokratischen Gestaltung aus, in der Frauen selbst aktive Vertreterinnen der Interessen wären, die aus ihrer Position in den Reproduktionsverhältnissen stammen. Die Frage nach den Grenzen und den Gegenständen des Politischen ist immer schon eine politische Frage. Sie wird jedoch von Frauen und Männern aus verschiedenen sozialen Kontexten und Interessen gestellt. Die Tradition des männlichen Bürgers, der vor allem seine geschäftlichen Angelegenheiten öffentlich regelt, ist es,

solche Regelungen aus seinem Privatleben fernzuhalten, seine Privatsphäre zu verteidigen. Frauen haben dagegen das Interesse, hinter dem »Schutz der Privatsphäre« nicht selbst zu deren menschlichem Inventar zu verkommen. Wo sie nach öffentlichen Ausdrucksformen suchen, müssen sie häufig Intimitätsvorstellungen durchbrechen, für deren Hüterinnen sie doch gehalten werden. Die affektgeladenen Reaktionen auf solche Grenzüberschreitungen bringen alltägliche Gewohnheitsrechte von Männern auf Kosten von Frauen zu Tage.

Nicht schon die Behauptung: »Das Private ist politisch« enthält das feministische Gegenbild des Politischen. Vielmehr ist der Akt, in dem Frauen diese Behauptung unüberhörbar aufstellen, praktizierte politische Alternative. Die Parole ist Ausdruck eines Verständnisses von Politik als Prozeß der öffentlichen Artikulation und als Auseinandersetzung darüber, was, wie, von wem politisch gestaltet werden soll. Der »performative Akt« (vgl. Honig 1992), mit dem die Frauenbewegung durch Tabu- und Regelverletzungen ihre Themen öffentlich machte und die Grenzziehungen zwischen Öffentlichem und Privatem veränderte, machte Frauen zu politischen Subjekten.

II.

Die nächsten Schritte der Frauenpolitik geraten in die Fußangeln des Erfolgs. Der politische Diskurs müßte weit geöffnet werden, um die administrativ eingefahrenen Wege der Interpretation von Interessen und Bedürfnissen, die bisher ausgeklammert waren, zu verändern. Feministische Politik hat die unbequeme Aufgabe, entgegen dem alltagspolitischen Effizienzdruck die Komplexität von Problemen zu vergrößern, statt sie schnell zu reduzieren, um sie administrativen Lösungen anzupassen. Sie hat die verleugneten Abhängigkeiten des patriarchal Politischen vom ausgegrenzten Privaten zum politischen Thema zu machen (vgl. Patemann 1989).

Als politisch spät zugelassene Personen

und als Vertreterinnen von Interessen aus der »Privatsphäre« müssen Frauen ihre Anliegen aus einem Minderheitenstatus heraus mehrheitsfähig machen und sie in politischen Institutionen verhandeln, in deren Konstruktionsgeschichte sie – Personen und Inhalte – Objekte eigennütziger männlicher Interessenvertretung waren.⁴ Mary Douglas' wissenssoziologische Analysen »Wie Institutionen denken« (1991) vermitteln einige Einsichten zur Erklärung des »Schicksals«, das Kritiken und Forderungen aus der feministischen Bewegung erreicht, wenn sie in der administrativen Politik verhandelt werden. Auch für die Politik trifft zu: »Der Denkstil sorgt für die Erhaltung der Denkwelt, indem er deren Gedächtnis steuert« (a. a. O. 121). Und »der Denkstil setzt den Rahmen für jede Erkenntnis und er bestimmt, was als vernünftige Frage und was als wahre und falsche Antwort gelten kann. Der Denkstil setzt den Kontext und die Grenzen für jedes Urteil über die objektive Wirklichkeit. Zu seinen wesentlichen Merkmalen gehört die Tatsache, daß er den Mitgliedern des betreffenden Denkkollektivs verborgen bleibt« (a. a. O. 31).

Wenn Frauen in ihren eigenen Öffentlichkeiten, die die Frauenbewegung geschaffen hat, zur eigenen Bedürfnisinterpretation und zur Artikulation von Ansprüchen gefunden haben, stehen sie unter dem Druck, im Prozeß der institutionalisierten politischen Auseinandersetzungen um Zwecke, Ziele und angemessene Mittel ihre Anliegen in die herrschende politische Kommunikationsform und Sprache übersetzen zu müssen. Die »Politik der Bedürfnisinterpretation« (Fraser) im »Denkstil« (Douglas) androzentrischer Institutionen fördert das Vergessen der Anlässe und Gründe, aus denen Frauen ihre Themen artikuliert haben. Im Zuge der administrativen Behandlung werden die politischen Offensiven von Frauen als Innovationspotential verschluckt. Die Initiatorinnen mit ihren notwendigerweise »widerspenstigen Praktiken« (Fraser) werden nicht selten diskreditiert, wenn die Themen der »sach-

gerechten« Bearbeitung zugeführt und in den »allgemeinen« Kanon aufgenommen wurden (vgl. Eckart 1994).

Mary Douglas' Feststellung, daß in der Wissenschaft die Gedanken die besten Erfolgsaussichten haben, »die dem öffentlichen Interesse entgegenkommen und auf die wichtigsten Analogien zurückgreifen, auf denen das soziokognitive System basiert« (127), trifft auch auf die Art der politischen Argumentation von Frauenpolitik in Institutionen zu. Läßt sie sich auf eine Übersetzung ihrer Anliegen in den herrschenden Denkstil ein, statt diesen selbst zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen, fördert sie den schleichenden Prozeß des institutionellen Vergessens und leistet der personalisierten Kritik an Frauen und Feministinnen Vorschub, von der die Interpretationen des Backlash eine Spielart darstellen.

»Institutionelle Einflüsse treten zutage, wenn wir die Aufmerksamkeit auf Undenkbares und nicht im Gedächtnis zu Behaltenes lenken, auf Ereignisse, die wir im selben Augenblick zu erkennen vermögen, in dem wir sie aus dem Gedächtnis schwinden sehen« (Douglas, 125). Wird die feministische Kritik an der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern »übersetzt« in die Quotierungsformel, die den Frauen die »Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen« ermöglichen soll, werden Denkweisen verschüttet, die Feministinnen entfalten, indem sie sich neben die Gesellschaft stellen, respektive indem sie ihre marginale Stellung dazu benutzen, das Denken zu denken (Adorno). Die Quotierungsformel ist eine pragmatische »Übersetzung« und beispielhaft für den Einbahnstraßencharakter dieser Übersetzungsleistung, denn der Denkstil läßt keinen Austausch darüber zu, wie Männern die Teilhabe an allen ihnen bisher versperrten Bereichen des »weiblichen Lebenszusammenhanges« zu ermöglichen wäre.

Wenn wir uns fragen, was hindert dieses Denken? Welches sind die unmöglichen Gedanken? Dann geben die Diagnosen, die Backlash genannt werden, Hinweise dar-

auf, welche Gedanken das institutionalisierte politische Denken (auch der Frauenpolitik) ausschließt. Wenn davon die Rede ist, daß Frauen wieder die Opfer der ökonomischen Krise sind, dann kann dies als einen Backlash nur interpretieren, wer annahm, daß inzwischen auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich gleiche Konkurrenzbedingungen zwischen Frauen und Männern etabliert seien. Dem ist nicht so. In der Krise kommen vielmehr die androzentrischen Strukturen des Arbeitsmarktes und politisch administrativer Institutionen ungeschminkt zum Vorschein. Man muß unter einem vermeintlich allgemeinen Sparzwang nur nichts mehr für die Frauenpolitik tun, dann fließen die Verteilungsströme nach alten Gewohnheiten an ihr vorbei. Was Individualisierung, Personalisierung und die Erfolge einzelner Frauen zuvor verborgen haben, wird wieder deutlich: die Institutionen müssen verändert werden, nicht erst in der Krise. Dazu hat die feministische Kritik an den verleugneten Voraussetzungen des Normalarbeitsverhältnisses seit Mitte der 70er Jahre schon in günstigen Konjunkturzeiten die analytischen Instrumente geschärft, weil sie gerade nicht die »Integration der Frau in die Berufswelt« zu ihrem politischen Ziel erklärt hatte, sondern deren gründliche Veränderung.

»Eine Gemeinschaft kann ihre vorausbestimmten Opfer die Hauptlast einer Krise tragen lassen und ihre Allokationsprobleme lösen, indem sie die Entscheidung ihren Institutionen überläßt, aber das geht nur, wenn sie diese Institutionen zuvor mit Legitimität ausgestattet hat« (Douglas, 202). Die Klage darüber, daß Frauen wieder einmal Opfer der Krise werden, stattet die Institution Arbeitsmarkt insofern mit Legitimität aus, als sie diesen zum Barometer gesellschaftlicher Gesundheit stilisiert. Das Normalarbeitsverhältnis hat materielle Sicherheit, soziale Anerkennung und sinnhafte Orientierung an dieser Lebensführung stets nur denen versprochen, die sich aus den Tätigkeiten zur Reproduktion des Lebens und zur alltäglichen Gestaltung menschlichen Zusammenlebens heraushal-

ten. Nicht erst heute zerbricht das Modell lebenslanger Berufstätigkeit auch für Männer. Frauen erneut als Opfer des Arbeitsmarktes zu beschwören, nährt noch die Illusion, als könne durch das Damenopfer eine männliche Stammebelegschaft ihr Lohnarbeitsverhältnis erhalten. Das mag manchen »Arbeitnehmerpatriarchen« trügerisch beruhigen, ist vielleicht sogar die Absicht der scheinheiligen Klage gegen die ungerechten Geschlechterverhältnisse, die auch gern gegen die Entwicklung in den neuen Bundesländern erhoben wird. Gerade in der Krise bietet das Gerede vom Backlash gegen die Frauen, bieten Inszenierungen neo-machistischer Selbstdarstellungen, mitleidige oder hämische Berichte vom Leiden der Karrierefrauen willkommene Ablenkung von den Erschütterungen traditioneller, männlicher Lebensweisen. »Die Lohnarbeitsgesellschaft ist nicht zu retten« (André Gorz), auch nicht durch die verschärfte Konkurrenz von Männern gegen Frauen (übrigens auch nicht durch die von Westdeutschen gegen Ostdeutsche). Wenn wir die feministische Kritik an der »männlich« strukturierten Berufswelt und an den patriarchalen politischen Institutionen ernst nehmen, dann ist es nicht verwunderlich, daß in der Krise patriarchale Anciennitätsprinzipien reaktiviert werden und auf dem Arbeitsmarkt der »Geschlechterkampf« (Ingrid Kurz-Scherff) diagnostiziert werden kann. So empörend sie für vernünftige Vorstellungen von Politik sind, können wir bei diesen Phänomenen nicht stehenbleiben.

III.

Die Opfer-Rhetorik droht selbst dazu beizutragen, daß Veränderungen in männlichen Arbeits- und Lebensgewohnheiten nicht mit dem aktiven Handeln von Frauen und daß die Deutungen politischer Strategien und die Entwürfe gesellschaftlicher Zukunftsgestaltung nicht mit der politischen Kritik und den politischen Forderungen aus der Frauenbewegung und Frauen-

forschung in Verbindung gebracht werden. Kritische Kommentare zu politischen Entwicklungen, die aus dem Selbstbewußtsein reflektierter Erfahrung und feministischer Sozialwissenschaft formuliert werden, sind in den Medien selten. Zum internationalen Frauentag am 8. März 1994 entzauberte Katharina Sperber in einem Leitartikel der »Frankfurter Rundschau« »Das Zauberwort Teilzeit«, das in jenen Wochen insbesondere durch eine Verkürzung der Arbeitszeit im VW-Konzern Konjunktur hatte.

Ein Wort hat neuen Glanz bekommen, männlichen. Damit erstrahlt es um so heller in der Debatte um die knapper werdende Lohnarbeit, die viel zu hohe Arbeitslosenzahl. Wie der Stein der Weisen funkelt es in den Händen der Herren Kohl und Blüm. Teilzeitarbeit heißt das Wort. ...

Mit der diesjährigen Tarifrunde scheint Licht ins Dunkel zu kommen, in das Mann bislang nicht gern blicken wollte. Erst bei VW und nun auch in der Metallindustrie sind Arbeitszeitregelungen mit 30 Wochenstunden und weniger auch für Männer möglich und vor allem nötig. Arbeitszeitmodelle, die vor Monaten noch jedem rechtschaffenden Mann die Schamesröte ins Gesicht getrieben hätten. Das freut Frauen. Endlich ziehen die Männer in Sachen Gleichberechtigung nach. Und was Frauen seit Jahren bei der Arbeitszeitverkürzung an Erfahrung sammeln konnten, teilen sie gern ... (FR 8. 3. 1994).

Mit dem konventionellen Kotau vor dem Internationalen Frauentag⁵ konnte der Kommentar erscheinen und daran erinnern, was hinter einer institutionellen Verallgemeinerung in Vergessenheit zu geraten droht. Frauen waren, seit es Arbeitszeitregelungen gibt, mehr oder weniger freiwillige Vorreiterinnen für Verkürzungen der Arbeitszeit und für Arbeitsschutzregelungen. Daß aus den Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen Kriterien zur Verbesserung des sozialen Lebens zu ziehen wären, will institutionalisiertes politisches

Denken nicht wahr haben. Dabei geht es nicht darum, die Arbeitsverhältnisse von Frauen, so wie sie sind, zum Maßstab zu machen. Die gelten in ihrer Mehrheit zu Recht als Negativbeispiele, eben weil sie unter die Norm eines männlichen Berufsmodells gezwängt werden. Die Verbindungen von Lebensbereichen und die Entscheidungen, die Frauen individuell zustande bringen müssen, liefern jedoch Kriterien dafür, wie eine andere gesellschaftliche Organisation der Arbeit und eine von Lohnarbeit unabhängige ökonomische Grund-sicherung aussehen sollte.

Das in dem Leitartikel aufgegriffene Beispiel zeigt Schritte politischer Verallgemeinerungen, die soziale Hintergründe frauenpolitischer Ziele verdrängen. Was bis gestern Teilzeitarbeit war, also nur Teil eines vermeintlichen Ganzen und eben deshalb eine Besonderheit von Frauen, wird heute Normalarbeitszeit, weil es nun auch die Stammbesellschaft männlicher Arbeitskräfte betrifft. Bei VW ist man bis in die Sprachregelung hinein offenbar darum bemüht, einen weiblichen Geruch aus der Sache fernzuhalten. Man spricht dort lieber von »kürzerer Vollzeit« als von Teilzeitarbeit. Und in der Tat ist eine solche allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die sich nach den Betriebszeiten und den sozialen Sicherheitsinteressen männlicher »Kernarbeiter« richtet, nicht das gleiche wie Teilzeitarbeit, die explizit die reproduktive Arbeit berücksichtigt.

Ein weiteres Beispiel für eine Verallgemeinerung nach institutionalisiertem männlichen Maßstab ist der Entwurf für ein neues Arbeitszeitrecht in Deutschland (März 1994), der die seit 1938 bestehende Arbeitszeitordnung ablösen soll. Nach 1945 wurden einige Regelungen der Arbeitszeitordnung aufgehoben, die der nationalsozialistischen Reglementierung der Arbeitsmarktpolitik gedient hatten. Viele Ausnahmeregelungen für Frauen wurden jedoch beibehalten. Der neue Entwurf sieht unter der Gleichheitsrhetorik eine repressive Form der Verallgemeinerung vor: Alle Beschäftigungsverbote für Frauen mit Aus-

nahme der Arbeit im Bergbau unter Tage sollen aufgehoben werden. Schon bei der Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen (1992) war mit guten Gründen auch in die andere Richtung argumentiert worden, daß nämlich eine Verallgemeinerung des Nachtarbeitsverbots mit wenigen Ausnahmen anzustreben wäre, da man um die gesundheitlichen, kulturellen und die Nachteile für das soziale und Familienleben weiß.

Das »politische Ausdrucksvermögen« (Negt/Kluge 1992, 32) von Frauen für die reproduktiven Interessen steht unter einem Rationalisierungsdruck nach patriarchalem Muster. Die Verallgemeinerung ihrer interpretierten Bedürfnisse ist dadurch behindert, daß der institutionalisierte homo politicus reproduktive Bedürfnisse und Bedürftigkeit aus seinem Selbstverständnis abgespalten hat und sich in ihnen daher auch nicht verallgemeinernd wiedererkennen will. Negt/Kluge legen in ihrer »regulativen Idee des Politischen als Prozeß« großen Wert auf das »Ausdrucksvermögen«. »Es genügt nicht, Bedürfnisse zu haben. Man muß sie sprachlich ausdrücken, damit aus dem bloßen Mangel ein Anspruch wird. Dieser Anspruch ist der Verallgemeinerung zunächst hinderlich. Er muß übersetzbar sein in die Ansprüche der anderen, um ein gemeinsames Selbstbewußtsein entstehen zu lassen. ... Die mächtigsten Zerstörungen im politischen Prozeß beruhen auf einem Mangel an Ausdrucksmöglichkeiten« (a. a. O. S. 32f.). Dieser Tatsache hat die Frauenbewegung mit Formen des selbstvergewissernden Erfahrungsaustausches in Consciousness-raising-Gruppen und eigenen Öffentlichkeiten Rechnung getragen. Es bleibt das Problem der Vermittlung der so gewonnenen Ausdrucksformen und Inhalte in eine »allgemeine« politische Auseinandersetzung, die die »Lernfähigkeit« von Institutionen voraussetzen muß, wenn sie nicht die Trennung von Öffentlich und Privat als antagonistische Konstruktionen festschreiben will. Zugleich dürfen wir uns aber auch keine Illusionen von einer immer fort-

schreitenden kommunikativen Rationalität machen. Erinnerungen an verleugnete Abhängigkeiten, emotionale Bindungen und private Voraussetzungen öffentlichen Handelns, die feministische Kritik an männlichen Modellen von Autonomie und männlicher Alltagsvergessenheit weckt, führen nicht geradlinig zum rationalen Streit über prinzipiell gleichwertige Inhalte, sondern zu affektgeladenen Reaktionen auf die Wiederkehr des Verdrängten⁶.

IV.

Positionsinhaber und Institutionen offenbaren dabei zwar den empfindlichen Kern ihres sozialen Gerüsts. Hinter den sachbezogenen, ökonomischen und machtpolitischen Zielen werden dann aber auch die »mitbedienten neurotischen Bedürfnisse« berührt, die »institutionalisierte Abwehr« (Mentzos 1988, 85) etwa gegen eigene Geborgenheitswünsche und gegen die Einsicht in die persönlichen Kosten und Verbiegungen unter dem Leistungsdruck des Berufsystems. Diesem zu folgen gilt für Männer seit vielen Generationen als »normal« und sicherte ihnen durch die Institutionen des Normalarbeitsverhältnisses den sozial überlegenen Platz in der Geschlechterhierarchie. Durch die veränderten Lebensweisen von Frauen werden diese Position und deren Voraussetzungen erschüttert. Die geschilderten institutionellen Deutungsmuster in der Arbeitszeitdebatte erfüllen objektiv die Funktion, Einflüsse auf politische Veränderungen, die auch aus dem aktiven Handeln von Frauen folgen, nicht als solche zur Kenntnis nehmen zu müssen. Der Denkstil von Institutionen bietet Männern Rationalisierungen im psychologischen Sinne, indem er ihnen mit der Abgrenzung von den »weiblichen Opfern des Arbeitsmarktes« die Einsicht verstellt, daß eine Veränderung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und der ökonomischen Existenzsicherung unausweichlich ist. Sie laufen als individuelle Männer Gefahr, in der ängstlichen Abgrenzung von

den Frauen institutionelle Formen der Problemlösung für solche in ihrem eigenen Interesse zu halten. Die Illusion, daß die patriarchalen Strukturen der Institution im Konkurrenzkampf mit den nachrückenden Frauen ihre persönlichen Interessen wahre, läßt Männer eher näher an die sie beherrschende Institution rücken, als daß sie sich der Kritik von Frauen daran anschließen. Die »institutionalisierte Abwehr« wird in der Verunsicherung zur persönlichen Krücke und verfestigt die Bindungen an die Institution Beruf, die immanent ja auch nicht männerfreundlich ist. In den politischen Formen des Geschlechterkonfliktes bietet die institutionalisierte patriarchale Form der Abwehr gegen die Gestaltungsansprüche von Frauen einen Konformitätskitt für angeschlagenes männliches Selbstbewußtsein in der Art, die Stavros Mentzos in der Verbindung psychoanalytischer und soziologischer Perspektiven beschreibt:

Die hier zur Diskussion stehenden sozialen Strukturen, insbesondere die Institutionen, sind sicher nicht aus der Sorge der Gesellschaft um die individuelle neurotische Abwehr des einzelnen, sondern unter dem Einfluß sachbezogener Notwendigkeiten sowie politisch-ökonomischer Interessen entstanden. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese letzteren sich individuell neurotischer Bedürfnisse bedienen, indem sie »Lösungen« präsentieren, die über die genannten primären Zielsetzungen hinausgehen und eine Art Prämie darstellen, die zu einer besseren Motivation der Beteiligten beiträgt (Mentzos 1988, 82).

Eine solche sozialpsychologische Betrachtung von Geschlechterkonflikten, die die Backlash-These thematisiert, gerät leicht in die Gefahr eines unendlichen Regresses. Dennoch kommen wir ohne die Analyse des tiefreichenden »Arrangements der Geschlechter« und ohne Versuche der Rekonstruktion der »gesellschaftlichen Produktion von Unbewußtheit« (Erdheim) nicht aus, zumal wenn wir selbst Zeuginnen dieses Gedächtnisverlustes werden. Was Frau-

en im Rahmen der Konkurrenz, der Integration ins »Allgemeine« erreicht haben, fällt dem institutionellen Vergessen anheim. Die Versuche, eigene Traditionen von Werten und materiellen Erfolgen zu verfestigen, eine weibliche Genealogie der Differenz offensiv und positiv zu besetzen, gerät in der »allgemeinen« öffentlichen Rezeption immer wieder in die Klischees traditioneller Interpretationen von Zuschreibungen. Der kritische Differenzansatz thematisiert aber gerade die unausgesprochenen Voraussetzungen formaler Konkurrenz. Dieser Aufklärungsprozeß muß zu einer Zunahme von Konflikten im Geschlechterverhältnis führen, weil er Versteinerungen in Institutionen und Gewohnheitsrechte erschüttert. Dadurch kann das (männlich) Partikulare hinter einem vermeintlich Allgemeinen deutlich werden, so daß aus verschleierte Geschlechterdifferenzen artikuliert Kontroversen werden können.

Anmerkungen

- 1 Z. B. am 6. und 7. Juni 1994 in Gießen: »Backlash: Frauen in der Defensive?« Vom 14. bis 16. Juni 1994 in Bielefeld: »Backlash or New Horizons?« Aus meinem Vortrag zur Tagung in Gießen entstand dieser Aufsatz.
- 2 In USA 1992, deutsch 1993 unter dem Titel »Die Männer schlagen zurück« im Rowohlt-Verlag erschienen.
- 3 Diesen Schritt der Kritik unterläßt auch S. Faludi meist. Sie konzentriert sich auf materialreiche Korrekturen quantitativ unkorrekter Verallgemeinerungen. Im von ihr so bezeichneten »Undeclared War Against American Women« läßt sie sich die »Waffen« des herrschenden Denkstils aufdrängen.
- 4 Nancy Fraser zeigt an Beispielen in den USA, »wie die Praktiken des Wohlfahrtsstaats sexistische und androzentrische Interpretationen der Bedürfnisse von Frauen kodieren, Interpretationen, die auf ideologischen, geschlechtergebundenen Dichotomien wie »häuslich« versus »ökonomisch«, »Heim« versus »Arbeit«, »Mutter« versus »Ernährer«, »erstrangige« versus »zweitrangige« Arbeit aufbauen.« (1994, 21).
- 5 Feministinnen holten Anfang der 70er Jahre in der BRD den 8. März aus der Vergessenheit mit Veranstaltungen, die Gewerkschaften ihren Mitgliedern damals mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen

verboten, während sie sich heute zu Hüterinnen der Jahrhunderttradition des Frauenkampftages stilisieren.

- 6 Dafür bietet Susan Faludi viele Beispiele aus den USA: Eine Variante dieser Reaktion bietet W. Engler (1994). Diejenigen, die mit Interesse die herkömmliche Trennung von Politischem und Privatem problematisieren, werden von Engler auf die bornierteste Weise interpretiert. Wogegen der monologisierende Autor sich mit einem unklaren Rundumblick als »Erdenbürger« aus der Kommunikation entfernt.

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1.

- Kurz-Scherff, Ingrid (1992): Geschlechterkampf am Arbeitsmarkt? In: *WSI-Mitteilungen* 4, 203–216.
- Mentzos, Stavros (1990): *Interpersonale und institutionalisierte Abwehr*. Frankfurt.
- Negt, Oskar, Kluge, Alexander (1992): *Maßverhältnisse des Politischen*. Frankfurt.
- Pateman, Carole: The Fraternal Social Contract. In: dies. (1989): *The Disorder of Women*. Worcester.

Literatur

- Brigitte. Das Magazin für Frauen. H. 17, 1994 (10. 8. 94).
- Douglas, Mary (1991): *Wie Institutionen denken*. Frankfurt.
- Eckart, Christel (1994): Die Tücken des Erfolgs. Probleme der Verallgemeinerung feministischer Politik. In: *Kommune* 6, 41–49.
- dies. (1993): Normalarbeitstag, Teilzeitarbeit und Frauenaunomie. Die verleugneten Voraussetzungen des »Normalarbeitsverhältnisses« und ihre Wiederkehr in weiblichen Berufsbiographien. In: *Widerspruch*, 13. Jg. H. 25, Zürich, 109–123.
- Engler, Wolfgang (1994): Was ist privat, politisch, öffentlich? In: *Leviathan* 4, 470–497
- Erdheim, Mario (1984): *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewußtheit*. Frankfurt.
- Faludi, Susan (1993): *Die Männer schlagen zurück*. Reinbek.
- Frankfurter Rundschau*. 8. März 1994.
- Fraser, Nancy (1994): *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*. Frankfurt.
- Gorz, André (1994): Die Lohnarbeitsgesellschaft ist nicht zu retten. In: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 7, 592–602.
- Honig, Bonnie : Toward an Agonistic Feminism: Hannah Arendt and the Politics of Identity. In: J. Butler, J. Scott (1992): *Feminists Theorize the Political*. New York.
- deutsch: Agonaler Feminismus. Hannah Arendt und die Identitätspolitik. In: Institut für Sozialforschung, Hrsg. (1994): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt, 43–71.
- Kontos, Silvia: Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation in der Politik der neuen Frauenbewegung. In: Barbara Schaeffer-Hegel, Hrsg. (1990): *Vater Staat und seine Frauen*. Pfaffenweiler, 50–63.
- Kreisky, Eva (1988): Bürokratie und Frauen. In: